

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 18. März 2015

Nachtragshaushalt

Das Land NRW stellt 1,5 Millionen Euro zusätzlich für eine personelle Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Verfügung. Der erforderliche Nachtragshaushalt wurde in dritter Lesung verabschiedet.

S. 3

NSU-Ausschuss

Ein Untersuchungsausschuss zum NSU-Terror in Nordrhein-Westfalen will Ursachen und Strukturen des Terrors ergründen.

S. 6-7

Rätsel Pfandflaschen

Einweg- oder Mehrwegflaschen – Experten diskutieren kontrovers über bessere Informationen.

S. 9-11

Partner am Bosphorus

Viele NRW-Städte pflegen freundschaftliche Beziehungen in die Türkei – ein Thema auch für den Landtag. Gründe und Praxis solcher Kontakte: das Beispiel Gladbeck.

S. 14-15



Spurensuche

Spurensuche

Gewalt legitimiere sich selbst. Dies sei die eigentliche Kernüberzeugung von Rechtsextremisten, hieß es im PUA NSU. Dabei steht PUA für Parlamentarischer Untersuchungsausschuss und NSU für das Thema: die Aufarbeitung der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds in Nordrhein-Westfalen. Tatglaube stehe bei den Leuten dieser Bewegung im Mittelpunkt, so Fachleute zu den Abgeordneten. Und diese Taten erschütterten Deutschland: Aktuell wird in einem Gerichtsverfahren in München der Frage nachgegangen, wie viele Bombenanschläge, wie viele Morde, wie viele fremdenfeindliche Aktionen auf das Konto des NSU gehen.

Sensibilisierung und Integration

Der Untersuchungsausschuss geht die Aufgabe aus der Sicht eines Parlaments an. Wo liegen Ursachen? Wo mögliche Lücken im Sicherheitsapparat? Was kann man besser machen, vor allem mit Blick auf Vorbeugung und Sensibilisierung? Und – besonders wichtig – wie kann das Leid der Opfer von Straftaten und deren Angehörigen auch bei Ermittlungsmaßnahmen noch stärker berücksichtigt werden? Daher beschäftigen sich die Abgeordneten mit den Abläufen, Strukturen, Ursachen und der bisherigen Bekämpfung dieses bis vor wenigen Jahren undenkbar rechtsradikalen Terrors in Deutschland. Angesichts dieser Aufgabe einer

politischen Aufarbeitung wird auch Landtag Intern die Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses verfolgen. Den Auftakt hierzu bildet ein Gespräch mit der Vorsitzenden Nadja Lüders und ihrem Stellvertreter Peter Biesenbach (Seite 6-7, Meldung Seite 12).

Eines der Leitmotive der extremen Rechten ist die Fremdenfeindlichkeit. Eine solche Einstellung entspricht nicht dem Lebensgefühl eines Landes, das wie Nordrhein-Westfalen Heimat geworden ist für Menschen unterschiedlichster Herkunft. Lange zentraler Anlaufpunkt: die Kohle- und Stahlindustrie. Ein freundschaftliches Miteinander gibt es aber auch mit anderen Ländern und den dort lebenden Menschen. Zahlreiche Städtepartnerschaften sind hierfür beredtes Zeugnis. Stellvertretend beschäftigte sich der Landtag nunmehr mit den entsprechenden Beziehungen in die Türkei. Landtag Intern beleuchtet in diesem Zusammenhang die bislang am längsten haltende Partnerschaft zwischen Gladbeck und Alanya (Seite 14-15).

Im parlamentarischen Geschehen standen seit Januar wieder viele Anhörungen auf der Tagesordnung. Eine davon behandelte das Thema Pfandflasche und die Frage, was sich dahinter nun wirklich verbirgt. Wird wirklich jede dieser Flaschen wiederverwertet, funktioniert also die Idee der Kreislaufwirtschaft? Anscheinend fehlen Informationen. Ansonsten waren sich auch die Fachleute nicht ganz einig. Ein Punkt für die politische Debatte (Seite 9-11).

cw



Titel: Untersuchungsausschuss NSU

„Arbeit unter anderen Bedingungen“ 6-7

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Auflage: 30.000
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de
Herstellung und Versand:
 Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG
Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de
 Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.
Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Finanzen I: NRW rüstet sich gegen den Terror	3
Aus dem Plenum	4
Finanzen II: Von Licht und Schatten	5
Laufende Gesetzgebung	8
Umwelt: Rätsel Pfandflasche	9
Schlag auf Schlag	10-11
Aus den Ausschüssen	12-13
Forum: Gelebte Freundschaft	14-15
Aus den Fraktionen	16-17
Gesundheit: Weniger Praxen, bessere Betreuung?	18
Persönlich: Oliver Bayer (PIRATEN)	19
Termine	19
Kurznotiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Foto: Schälte

PLENUM

NRW rüstet sich gegen den Terror

Nachtragsetat: Mehr Personal für die Sicherheitsbehörden

18./20. März 2015 – Mit Blick auf eine verdichtete Gefährdungslage stockt das Land das Personal bei Polizei und Verfassungsschutz auf. Der Landtag verabschiedete mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN einen [Nachtragshaushalt](#), mit dem dafür 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. CDU und FDP enthielten sich, die PIRATEN stimmten dagegen.

Die Landesregierung reagiert mit dem Nachtragsetat auf die Anschläge von Paris und Kopenhagen sowie das vereitelte Attentat im belgischen Verviers. In diesem Jahr werden 25 zusätzliche Planstellen für den Verfassungsschutz und 120 Einstellungsermächtigungen für Polizeianwärterinnen und -anwärter finanziert. Bis 2017 sollen insgesamt 385 zusätzliche Beamte eingestellt werden. Die Mehrausgaben werden demnach unter anderem durch zusätzliche Einnahmen gedeckt. Die Nettoneuverschuldung liegt unverändert bei 1,9 Milliarden Euro bei einem Haushaltsvolumen von 64,3 Milliarden Euro. Änderungsanträge der Oppositionsfaktionen fanden keine Mehrheit.

Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) sagte, dass die Landesregierung seit Ende 2014 eine veränderte Sicherheitslage sehe, die bei Verabschiedung des Haushalts nicht vorherzusehen gewesen sei. Zudem sei die Zahl „terrorbereiter Personen“ deutlich gestiegen. Die Sicherheitsbehörden gingen von rund 300 Islamisten aus. Allein die Beobachtung eines Einzigen binde eine Vielzahl von Polizisten. Der Minister dankte allen fünf Fraktionen, dass der Haushalt in einem verkürzten Verfahren bereits zwei Tage nach der Einbringung verabschiedet werden könne.

Es sei die wichtigste Aufgabe des Staates, die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten, betonte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU). Ohne sie fehle das Fundament für eine freiheitliche

Gesellschaft. Daher stimme seine Fraktion ausnahmsweise der verkürzten Beratung über den Nachtragsetat zu. Dr. Optendrenk appellierte zugleich an die Regierungsfaktionen von SPD und GRÜNEN, Diskussionen über eine Strukturreform der Polizei zu beenden. Dies führe nur zu Ablenkungen und Verunsicherung. Die Polizei brauche aber Zeit und Ruhe, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

„Treten keinen Schritt zurück“

„Hinter dem sperrigen Titel ‚Nachtragshaushalt‘ verbirgt sich eine Stärkung der inneren Sicherheit unseres Landes“, sagte [Thomas Stotko](#) (SPD). Nach den jüngsten Anschlägen sowie aufgrund der Bedrohung durch Salafisten könne niemand etwas dagegen haben, die Sicherheitsbehörden zu verstärken. Für den Verfassungsschutz habe man bereits im regulären Haushalt 29 zusätzliche Stellen vorgesehen, nun kämen 25 dazu. Der Nachtragshaushalt sei als ein Signal an die Menschen und an „Gewaltbereite“ zu verstehen, sagte Stotko: „Wir treten keinen Schritt zurück.“

Die Begründung für den Nachtragshaushalt sei auf den ersten Blick schlüssig, meinte [Marc Lürbke](#) (FDP). Dennoch sei die geplante Verstärkung der Sicherheitsbehörden nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, sie werde zu keiner nachhaltigen Entlastung der Kreispolizeibehörden

führen. Rot-Grün vermenge lediglich aktuelle und strukturelle Aufgaben. Die Polizei schiebe bereits jetzt vier Millionen nicht ausgeglichene Überstunden vor sich her. Die FDP habe stets 300 zusätzliche Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter gefordert, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Paris, Kopenhagen, Verviers – dies seien Stationen von Anschlägen auf tragende Werte der demokratischen Gesellschaft, erklärte [Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE). Sie zeigten eine neue Qualität des Terrors und schafften überdies Vorbilder für mögliche Nachahmungsstäler. So drohe durch rund 1.900 Salafisten auch in NRW Gefahr, insbesondere durch Rückkehrer aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten. Deren Überwachung binde Ressourcen. Notwendig sei eine Aufstockung der Polizei, aber keine voreilige Verschärfung der Sicherheitsgesetze zulasten der Freiheit.

[Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) bemängelte, dass die geplanten Maßnahmen nur als „Imagekampagne“ für den Innenminister dienten. Zudem werde aktuell die Sicherheitslage nicht verbessert, da es sich bei den vorgeschlagenen Beschlüssen nur um Umschichtungen von vorhandenem Personal handele. Neue Anwärterinnen und Anwärter für den polizeilichen Dienst könnten frühestens ab dem 1. September eingestellt und dann ausgebildet werden. Mehr Sicherheit gebe es also erst in drei bis vier Jahren. Daher lehnten die PIRATEN den jetzt eingebrachten Nachtragshaushalt ab.

Eine veränderte Sicherheitslage bedinge, dass man neue Sicherheitsstrukturen schaffen müsse, betonte demgegenüber Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD). Dass nicht genügend Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stünden, läge auch daran, dass unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung nicht genügend Anwärter eingestellt worden seien. *cw, zab, Wibke Busch*



PLENUM

Zukunft des Soli spaltet den Landtag

20.3.2015 – Die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN plädieren dafür, das Aufkommen des Solidaritätszuschlags auch nach 2019 beizubehalten. Dafür sprachen sich beide Fraktionen in einer Plenardebatte über die künftige Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aus. Dies lehnten FDP und PIRATEN ab und forderten eine Abschaffung des Soli. Bund und Länder debattieren derzeit über eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen bis spätestens 2019. Dann laufen der Solidarpakt II und die Regelungen des Länderfinanzausgleichs aus. Die Union auf Bundesebene hatte sich kürzlich dafür ausgesprochen, den Solidaritätszuschlag vom Jahr 2020 an schrittweise zu senken. In ihrem Antrag fordern SPD und GRÜNE dagegen, das Aufkommen zu erhalten und Länder und Kommunen einen angemessenen Anteil zukommen zu lassen. Derzeit fließt das Geld allein in den Bundeshaushalt. Der Antrag der Regierungsfractionen ([Drs. 16/8103](#)) sowie ein Entschließungsantrag der FDP ([Drs. 16/8202](#)) wurden auf Vorschlag der CDU einstimmig zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Kommunalausschuss überwiesen.

Kommunale Finanzspritze vom Bund

19.3.2015 – Das Land will den Kommunen bei der Verwendung der vom Bund zugesagten Investitionsmittel weitgehende Freiheit lassen. Dies kündigte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) in einer Unterrichtung durch die Landesregierung an. Der Bund will finanzschwachen Städten und Gemeinden 2015 bis 2018 insgesamt 3,5 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen. NRW soll davon laut Innenminister rund 32 Prozent erhalten. Für die CDU begrüßte [André Kuper](#) das Programm. Er kritisierte aber, dass das Land keine eigene „Investitionsrakete“ für die Kommunen gestartet

habe. In einem [Entschließungsantrag](#) forderte die Fraktion, das Geld zu 100 Prozent an die Kommunen weiterzuleiten. Die Bemühungen der Landesregierung seien erfolgreich gewesen, sagte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). Das Geld werde zur Entlastung der Kommunen beitragen. Gemeinsam mit den GRÜNEN legte die SPD einen eigenen [Entschließungsantrag](#) vor. Auch die FDP freue sich über den „Geldsegen“ für NRW, sagte [Kai Abruszat](#). Zur „Sektorkenknallerei“ bestehe trotzdem kein Anlass, da von einer spürbaren, substanziellen und dauerhaften Entlastung der Kommunen keine Rede sein könne. „Die Landesregierung kämpft für die Interessen Nordrhein-Westfalens in Berlin“, betonte GRÜNEN-Fraktionschef [Mehrdad Mostofizadeh](#). Das Ergebnis seien 1,2 Milliarden Euro, die jetzt nach NRW flössen. Als „Placebo“ und „Fiskalesoterik“ bezeichnete [Dr. Joachim Paul](#), Fraktionsvorsitzender der PIRATEN, die vorgestellten Maßnahmen des Bundes. Man müsse abwarten, ob das Geld auch tatsächlich fließe und nicht gegen andere Posten aufgerechnet werde.

Alle gegen die Pkw-Maut

18.3.2015 – Die Landesregierung müsse bei ihrer Ablehnung der Pkw-Maut bleiben, forderte die FDP, auf deren Antrag der Landtag dieses Thema erörterte ([Drs. 16/8177](#)). Die FDP verwies darauf, dass die große Koalition in Berlin am 26. März im Bundestag das entsprechende Gesetz annehmen wolle; umso wichtiger sei aus ihrer Sicht, dass der Bundesrat bei seiner Ablehnung bleibe. SPD und GRÜNE sprachen sich ebenfalls gegen die vorliegenden Mautpläne aus, forderten aber zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur, zum Beispiel über eine Ausweitung der Lkw-Maut. Ein entsprechender Entschließungsantrag wurde am Ende angenommen ([Drs. 16/8201](#)). Die CDU im Landtag hielt die Pkw-Maut zwar auch für falsch, verwies aber auf die entsprechende Verpflichtung

im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Diesen habe auch die SPD unterschrieben. Gegen die Dobrindt-Maut wandten sich ebenfalls die PIRATEN.

Disput über Unterrichtsausfall

18.3.2015 – Die rot-grüne Landesregierung wolle keinen Unterrichtsausfall erheben, da ihr das politisch „nicht in den Kram passe“, kritisierte die CDU fehlende Informationen. Die FDP wertete den Sachverhalt als „Affront“ gegenüber Lernenden, Lehrenden und Eltern. Auf der Grundlage von Anträgen der beiden Fraktionen ([Drs. 16/8125](#), [Drs. 16/8132](#)) beschäftigte sich der Landtag mit dem Thema. CDU und FDP betonten, die Daten seien notwendig, damit Schulbehörden zum Beispiel mit Blick auf Vertretungskonzepte handeln könnten. Die SPD argumentierte, viele Schulen hätten bereits gute Vertretungskonzepte. Außerdem sei es schwierig, exakt zu definieren, was alles als Unterrichtsausfall zähle. Die GRÜNEN verwiesen ebenso wie die Landesregierung auf die Kosten, die mit einer flächendeckenden Einführung der benötigten Technik verbunden wäre; dieses Geld solle man besser in die Qualität des Unterrichts stecken. Schlimmer als akuter sei struktureller Unterrichtsausfall, wenn also an einer Schule dauerhaft ganze Fächer ausfielen, betonten die PIRATEN.

Gesetz zu Bekenntnisschulen

18.3.2015 – Mit Mehrheit der rot-grünen Regierungsfractionen angenommen wurde ein Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN, der sowohl bei Grundschulen als auch bei Hauptschulen die Umwandlung von Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen ohne konfessionelle Bindung erleichtern soll ([Drs. 16/7544](#)). CDU, FDP und PIRATEN stimmten teils mit Nein, teils enthielten sie sich.

Von Licht und Schatten

Kritische Debatte zu Ergebnissen des Effizienzteams

20. März 2015 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit den Sparvorschlägen des „Effizienzteams“ beschäftigt. Das 2011 von der Landesregierung eingesetzte Gremium empfiehlt mehr als 100 Maßnahmen, mit denen die Ausgaben aufwachsend bis 2018 dauerhaft um 214 Millionen Euro pro Jahr reduziert werden sollen.

Anlass der Aktuellen Stunde war ein [Antrag](#) der CDU-Fraktion. Der „euphorisch gefeierte Start“ des Effizienzteams habe sein Ende in einem „aufgeblasenen Abschlussbericht“ gefunden, sagte [Hendrik Schmitz](#). Das festgestellte Einsparvolumen belaufe sich auf „lächerliche 0,3 Prozent der nordrhein-westfälischen Gesamtausgaben“. So sei die Schuldenbremse nicht

Die Schulden gingen zurück und das bringe die „gesamte Wahlkampfstrategie der CDU“ zu Fall.

Kaum ein anderes Bundesland habe beim Erreichen der Schuldenbremse ähnlich große Probleme wie Nordrhein-Westfalen, sagte [Ralf Witzel](#) (FDP). Das Effizienzteam habe seinen Namen nicht ansatzweise verdient. Er

derbetreuung ausbauen und die Studiengebühren abschaffen können. Dazu beigetragen hätten eine gute Konjunktur sowie steigende Steuereinnahmen. Dass man parallel dazu die Ausgaben einmal durch externe Experten überprüfen lasse, sei ein ganz normaler Vorgang. CDU und FDP warf Abel vor, Mehrausgaben zu beantragen, ohne für Gegenfinanzierung zu sorgen.

„Nichts.“ In einem Wort fasste [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) seine Auffassung darüber zusammen, was die Arbeit des Effizienzteams ergeben habe. Viele Vorschläge seien altbekannt, andere unkonkret, dritte nicht ausformuliert und müssten laut Bericht noch vertiefend begutachtet werden. Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Anregungen für tiefgreifende Strukturveränderungen seien durch einen solchen Bericht nicht gegeben. Für



zu schaffen. Die vorgeschlagenen Einsparungen seien „pure Augenschwermerei“. Schmitz sprach von „dürftigen Erkenntnissen“, auf die man vier Jahre lang warten müssen und meinte: „Sie hatten nie seriös vor zu sparen.“ Stattdessen habe das Effizienzteam den Steuerzahler 1,8 Millionen Euro gekostet: „Außer Spesen nichts gewesen.“

[Stefan Zimkeit](#) (SPD) wies die Kritik der CDU als unglaubwürdig zurück. Man habe keine Revolution versprochen, sondern konkrete Überprüfungen und Vorschläge u.a. zu Förderprogrammen und Personalkosten angekündigt. Die Christdemokraten forderten zwar stets Einsparungen, sagten aber zu jedem entsprechenden Vorschlag „Nein“. Bei eigenen Sparvorschlägen komme die Fraktion mit dem Rasenmäher daher oder baue Luftschlösser. Tatsächlich gehe es den Christdemokraten nicht um eine Kritik am Effizienzteam. Die Fraktion werde vielmehr nervös, weil die Realität anders aussehe, als von ihr dargestellt.

kritisierte, dass eine Beteiligung der Oppositionsfraktionen nicht gewollt gewesen sei und sprach von „puren Selbstverständlichkeiten“, „ganz schlichten Erkenntnissen“ und „Plattitüden ohne notwendiges Expertenwissen“, die der Abschlussbericht geliefert habe. Es fehlten dagegen Gedanken über eine „ernsthafte Verwaltungsreform“, Stelleneinsparungen, flache Hierarchien und die Frage, wie man sich von Landesbetrieben trennen könne. Die Sparvorschläge der FDP seien besser gewesen.

Haushaltskonsolidierung

In jedem Jahr ihrer Regierungsverantwortung habe die rot-grüne Landesregierung die Netto-neuverschuldung gesenkt, betonte [Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE). Gegen den Widerstand der Opposition habe man dadurch erreicht, dass dieses Jahr die neuen Schulden unter 2 Milliarden Euro sinken würden. Gleichzeitig habe man zum Beispiel die Kin-

Schulz ist das Ergebnis daher ein „Mummschanz“. Den Regierungsfraktionen riet er zu einer Sammelaktion, um den Steuerzahlenden die entstandenen Kosten zurückzuerstatten. Die Senkung der Schulden gehe seiner Ansicht nach wesentlich auf Steuermehreinnahmen zurück.

Einen „qualitätsvollen Beitrag zur erfolgreichsten und anhaltendsten Haushaltskonsolidierung“ in Nordrhein-Westfalen habe das Effizienzteam geleistet, meinte demgegenüber Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD). Die jetzige Analyse sei das Gegenteil zur „wirklichkeitsfremden“ Beratung der Vorgängerregierung, die damals nur zu vollmundigen Ankündigungen geführt habe. Das jetzt festgestellte Sparpotenzial liege bei 214 Millionen Euro. Dabei sei es Aufgabe der Politik, die Ziele festzulegen; die Beratung betreffe den möglichst effizienten Weg dorthin. Der Minister betonte, auf halber Strecke zur Schuldenbremse habe man 70 Prozent der übernommenen Netto-neuverschuldung abgebaut. *cw, zab*

„Arbeit unter anderen Beding

Auf den Spuren des NSU-Terrors in NRW

Die Blutspur des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zieht sich über Jahre hinweg quer durch die Bundesrepublik. Die Straftaten des NSU in Nordrhein-Westfalen sind Gegenstand eines [Parlamentarischen Untersuchungsausschusses](#) (PUA), den der Landtag NRW auf Antrag aller fünf Fraktionen am 5. November 2014 eingesetzt hat.

Zu seinen Aufgaben gehört die Ermittlung der Aktivitäten des NSU, die Nachverfolgung der Ermittlungsverfahren, die Erarbeitung von Schlussfolgerungen für die Sicherheits- und Justizbehörden sowie die Erörterung einer möglichen Verbesserung der Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt. Im Einsetzungsbeschluss ([Drs. 16/7148](#)) werden dazu 181 Einzelfragen aufgeführt. Der Untersuchungszeitraum geht zurück bis zum Oktober 1991.

Zur Begründung der Untersuchungsarbeit des Landtags führt der Beschluss aus: „Das Bekanntwerden des NSU hat zu umfangreichen Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt. In diesem Zusammenhang wurde der Vorwurf erhoben, dass es bei den Ermittlungen bezüglich der mutmaßlichen Taten des NSU zu Defiziten bei Sicherheits- und Justizbehörden in verschiedenen Bundesländern und auf Bundesebene gekommen sei. Zudem wurden Spekulationen geäußert, Verfassungsschutzbehörden könnten mit dem Trio in Verbindung gestanden und ihm 1998 möglicherweise zur Flucht verholfen haben.“ Hier wollen die Abgeordneten Klarheit schaffen.

Ursachensuche

Kritisch zu diskutieren sei im Rahmen der NSU-Debatte auch die Rolle von V-Leuten und Vertrauenspersonen, heißt es im Einsetzungsbeschluss. Hier gebe es auch im Hinblick auf Nordrhein-Westfalen Fragen.

In ihre Arbeit werden sie unter anderem die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses des Bundestags einbeziehen. Neben dem Bundestag haben auch die Landtage von Thüringen, Sachsen, Bayern und Hessen parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Auch bei diesen ging und geht es um die Frage, weshalb die Entstehung des NSU nicht rechtzeitig erkannt und die von den Mitgliedern dieser Gruppierung mutmaßlich begangenen Verbrechen nicht aufgeklärt bzw. verhindert werden konnten.

Abschluss bis 2017

Zum Zeitrahmen erklärte Ausschussvorsitzende [Nadja Lüders](#) (SPD), der Untersuchungsausschuss werde seine Arbeit bis Mai 2017 beenden und noch vor Ende der Legislaturperiode einen Bericht vorlegen. Man werde hoffentlich viele wertvolle Hinweise geben, wie die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei untereinander verbessert werden könne, erklärte ihr Stellvertreter [Peter Biesenbach](#) (CDU).

Seiner Meinung nach begegnet man der Gefahr von Rechts am besten durch politische Auseinandersetzung zu jedem Augenblick und an jedem Ort. Nadja Lüders unterstrich auch das Engagement der Zivilgesellschaft, genaueres Hinsehen, Bildung, Nicht-Vergessen und die Aufgabe, den Staat handlungsfähig zu halten.

*Text und Interview
Christoph Weißkirchen, Michael Zabka*

Zur Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses NSU (PUA) sprach Landtag Intern mit der Vorsitzenden Nadja Lüders (SPD) sowie ihrem Stellvertreter Peter Biesenbach (CDU).

Frau Lüders, Herr Biesenbach, der Untersuchungsausschuss hat sich bis zum Ende der Legislaturperiode viel vorgenommen. Wir haben mal nachgezählt und kommen auf vier große Themenkomplexe und 181 Einzelfragen. Haben Sie dafür ausreichend Zeit?

Nadja Lüders: Wir hätten uns die Aufgabe nicht so gestellt, wenn wir das nicht im Blick gehabt hätten. Es ist der gemeinsame Wille aller Fraktionen, dass der PUA auch zu einem Abschluss kommt. Deshalb wollen wir alle so arbeiten, dass wir den Auftrag, den uns das Parlament gegeben hat, auch erfüllen.

Peter Biesenbach: Wenn Sie 181 Einzelfragen gezählt haben, sind die ja nicht alle vollkommen unterschiedlich. Aus meinem Verständnis heraus stellen sie vielmehr die inhaltliche Gliederung unserer Arbeit dar. Bisher ist die Zusammenarbeit im Ausschuss wirklich gut. Da gibt es keine Eifersüchteleien, die Chemie stimmt.

Dieser PUA unterscheidet sich von anderen – Stichwort Geheimhaltung. Der Raum, in dem Sie tagen, ist abhörsicher. Gab es das schon einmal?

Lüders: Nein, natürlich nicht. Wir haben uns lange und intensiv mit der Landtagsverwaltung beraten und auch die Erkenntnisse aus Berlin und Thüringen einbezogen, wie denn Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten sind und was zwingend notwendig ist, um diesen Untersuchungsausschuss überhaupt durchführen zu können. Das ist von baulicher Seite, aber auch für unsere Arbeit teilweise Neuland.

Biesenbach: Wir werden, die Auseinandersetzung ist absehbar, auch mit den zuliefernden Dienststellen und Behörden zu einem späteren Zeit-

Zeitstrahl NSU



ungen“

punkt darüber diskutieren müssen, was denn nun als geheim oder vertraulich eingestuft bleiben soll und was nicht. Ansonsten wären die zuliefernden Behörden in der Lage, uns zu blockieren. Es geht uns ja darum, dass wir auch vieles öffentlich verwenden dürfen.

Es gilt also auch verfahrenstechnisch einiges zu beachten.

Lüders: Genau. Wenn zum Beispiel eine Fraktion beantragt, einen V-Mann zu vernehmen – wie arrangieren wir uns dann? Vernehmung mit Perücke? Oder in einem gesonderten Raum mit Videoübertragung? Hinter einer spanischen Wand? Das ist schon speziell. Aber da sind wir noch lange nicht.

Arbeiten unter erschwerten Bedingungen?

Lüders: Unter anderen Bedingungen.

Biesenbach: Ja, unter anderen Bedingungen. Es erfordert aber auch eine ungeheure Disziplin der Mitglieder.

Warum?

Biesenbach: Auch wir dürfen zwar alle in den als geheim eingestuften Akten lesen, bei den Zeugenbefragungen dürfen wir aber Dinge, die wir aus diesen Akten haben, nicht verwenden. Wir dürfen also nur nach Dingen fragen, die auch öffentlich behandelt werden können. Hinzu kommt: Einerseits verbietet das PUA-Gesetz den Mitgliedern bis zum Abschluss die Abgabe von Wertungen, andererseits warten die Medien auf Stellungnahmen. Wir werden versuchen, Presseerklärungen gemeinsam abzugeben.

Sie haben auf die anderen NSU-Untersuchungsausschüsse hingewiesen. Kommt dem Ausschuss in Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung zu? Beim Anschlag in der Keupstraße in Köln hatte es Medienberichten zufolge Indizien für einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund gegeben.



Im Gespräch: Nadja Lüders (SPD) und Peter Biesenbach (CDU)

Foto: Schälte

Lüders: Ja, das sehe ich schon so. Neben Probsteigasse und Keupstraße hatten wir in der Serie in NRW auch einen Mord in Dortmund. Wenn man den Bericht aus Berlin liest, wird sehr schnell klar, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht viel Zeit hatten, diese Fälle intensiv zu behandeln. Deshalb ist es unsere Aufgabe, das zu tun. Wir haben nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Verantwortung, für NRW sehr gründlich hinzugucken, was da genau passiert ist.

Biesenbach: Aus heutiger Sicht besteht auch der Verdacht, dass es bei dem Anschlag in der Keupstraße Bildmaterial gab, das unmittelbar zur Ermittlung der beiden Täter geführt hätte, wenn es in die Datei auf Bundesebene eingepflegt worden wäre.

Ihre Ermittlungen reichen bis Oktober 1991 zurück. Das ist eine lange Zeit.

Lüders: Wir haben Oktober 1991 gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt der Brandanschlag in Hünxe war. Wir wollen sehen, wie sich die rechtsextreme Szene in NRW seither entwickelt hat, sprich: Wie hat die Radikalisierung eingesetzt, und hätte man daraus vielleicht etwas ableiten können? Hätte man Hinweise haben können, dass es in der Szene eine Untergrundorganisation geben kann, geben wird oder gegeben hat?

Biesenbach: Es gab im Ausschuss in den Vorgesprächen den Wunsch, doch seit 1991 alle noch vorhandenen Akten zu bekommen, die mit Personen zusammenhängen, die im rechtsradikalen Bereich aktiv gewesen sind. Wir haben uns dann an das Landesinnenministerium gewandt, dort hieß es: Bitte überlegt euch das genau, denn die Zahl wird irgendwo zwischen 40.000 und 80.000 liegen.

Lüders: Außerdem – wo setzt man an bei rechtsradikalen Personen? Bei der Hakenkreuzschmiererei eines betrunkenen Jugendlichen oder erst beim harten Kern? Ein anderes Problem: Welche Akten gibt es noch, bekommen wir tatsächlich ein rundes Bild? Wo laufen wir vielleicht auch Gefahr, uns zu verzetteln?

Biesenbach: Die Zahl der Akten hätte uns erschlagen. Als Anwalt habe ich an Großverfahren mitgearbeitet, aber wenn wir da mehr als 300 Akten hatten, wurde es schon sehr schwierig, die Details zuzuordnen.

Haben Sie einen Überblick, mit wie vielen Akten Sie sich im Untersuchungsausschuss beschäftigen werden?

Biesenbach: Wenn wir mit einer vierstelligen Zahl auskommen, haben wir Glück.

Lüders: Ja. Und Akte heißt ja nicht 30 Seiten und dann Ende.

4. November 2011:

Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt werden tot in einem Wohnmobil gefunden

6. Mai 2013:

Prozessbeginn gegen Beate Zschäpe

5. November 2014:

Einsetzung NSU-Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen

8. November 2011:

Festnahme Beate Zschäpe

7. April 2014:

Die Leiche des V-Mannes „Corelli“ wird in Paderborn entdeckt

26. Januar 2012:

Einsetzung Bundestags-Untersuchungsausschuss

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor **Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften** | [Drs. 16/8131](#) | CDU | Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik | Vorschlag: 1. Lesung 19.3.2015

Gesetz über die **Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan** des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 | [Drs. 16/7990](#) | Landesregierung | 1. Lesung 18.3., 2./3. Lesung 20.3.2015, angenommen

Gesetz über den **Vollzug der Abschiebungshaft**: Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Errichtung einer neuen Abschiebungshafteinrichtung außerhalb des Justizvollzugs | [Drs.16/7545](#) | SPD/GRÜNE | Innenausschuss | Anhörung 26.3.2015

Elftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes: Erleichterung der **Umwandlung von Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen** ohne konfessionelle Bindung sowohl bei Grundschulen als auch bei Hauptschulen | [Drs.16/7544](#) | SPD/GRÜNE | 2. Lesung 18.03.2015, angenommen

Gesetz zur **Aufhebung von Zuständigkeitsverordnungen** im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzrechts | [Drs.16/7474](#) | Landesregierung | 2. Lesung 18.3.2015, angenommen

Gesetz zur **Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte**: Festlegung von Aufgaben, Befugnissen und Zuständigkeiten | [Drs.16/7430](#) | Landesregierung | 2. Lesung 18.03.2015, angenommen

Gesetz zur Änderung von gesetzlichen Befristungen: Aufhebung der Pflicht der Landesregierung zur (regelmäßigen) **Berichterstattung** über die Auswirkungen erstens des Straßen- und Wegegesetzes sowie zweitens des Gesetzes zur Überleitung der bisher von den Landschaftsverbänden

wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwaltung | [Drs.16/7429](#) | Landesregierung | 2. Lesung 18.3.2015, angenommen

Änderung des Landesjagdgesetzes: Ausrichtung des Jagdrechts nach ökologischen und Tierschutzkriterien; Wiedereinführung der Jagdsteuer | [Drs.16/7383](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | Ausschuss 25.3.2015

Gesetz zur Stärkung des **Regionalverbands Ruhr**: Verbesserung der Gemeinsamkeiten und der Zusammenarbeit zwischen den Städten und Kreisen im Ruhrgebiet, u.a. durch eine Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung durch die Bürgerinnen und Bürger | [Drs.16/6866](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Änderung des Gesetzes zum **Schutz personenbezogener Daten**: Schaffung einer Ausnahme vom Erfordernis der persönlichen Einwilligung für Einsatzkräfte z.B. von Polizei oder Feuerwehr beim digitalen Sprechfunk im Hinblick auf die Ortung des jeweiligen Standorts | [Drs.16/6634](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die **staatliche Anerkennung** von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen | [Drs.16/6224](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Ausschuss 23.4.2015

Änderung des Rettungsgesetzes NRW: Sicherung eines stabilen Systems der Notfallversorgung mit öffentlichen, privaten und karitativen Anbietern rettungsdienstlicher Leistun-

gen, Neuschaffung des Ausbildungsberufs der Notfallsanitäterin oder des Notfallsanitäters, Verbesserung des Qualitätsmanagements | [Drs.16/6088](#) | Landesregierung | 2. Lesung 18.3.2015, angenommen

Gesetz zu **Bürgerentscheiden**: Abschaffung der Zustimmungsquoren beim Bürgerentscheid, nach denen die Mehrheit der gültigen Stimmen einem bestimmten Einwohneranteil der Kommune entsprechen muss | [Drs.16/5743](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | Ausschuss 8.5.2015 gemeinsam mit [Drs.16/5474](#)

Gesetz zur **Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene**: Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | Ausschuss 8.5.2015, gemeinsam mit [Drs.16/5743](#)

Krankenhausgestaltungsgesetz: Beseitigung von Regelungslücken hinsichtlich von Patientientorientierung, Erhöhung der Transparenz, Angebot einer bedarfsdeckenden stationären Versorgung der Bevölkerung, Wirtschaftlichkeit | [Drs.16/5412](#) | Landesregierung | 2. Lesung 18.3.2015, angenommen

Änderung des **Polizeigesetzes**: Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage für die Verhängung von Meldeauflagen durch die Polizei | [Drs.16/5038](#) | CDU | 2. Lesung 18.3.2015, abgelehnt

Gesetz über das **nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten** in NRW: Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sog. Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur **Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge**: Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge ergänzt. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur **Änderung der Verfassung**: Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Rätsel Pfandflasche

Anhörung: Was steckt hinter Mehrweg und Einweg?

12. März 2015 – Sind Pfandflaschen automatisch Mehrwegflaschen? Rund 50 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen einer Umfrage zufolge genau davon aus, sagen SPD, GRÜNE und PIRATEN. Das sei aber falsch. In einem gemeinsamen Antrag setzen sich die Fraktionen deshalb für eine eindeutige Kennzeichnung am Produkt und am Supermarktregal ein.

Die Maßnahmen sollen zu einer Erhöhung der Mehrwegquote beitragen. In einer Anhörung des [Umweltausschusses](#) zum Thema gingen die Meinungen jedoch auseinander.

Die derzeitige Marktentwicklung tendiere eindeutig zur Einwegflasche, heißt es in dem Antrag ([Drs. 16/6852](#)). Dies liege vor allem an den Discountern, die sich „dem Mehrwegsystem verweigern“. Aus ökonomischen und ökologischen Gründen müsse diesem Trend entgegengesteuert werden.

So sieht es auch die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten. Es müsse dringend gehandelt und für alle Beteiligten Klarheit und Verbindlichkeit geschaffen werden. Sonst bestehe die Gefahr, dass das Mehrwegsystem zumindest bei Mineralwasser und Erfrischungsgetränken komplett zusammenbreche. Zehntausende Arbeitsplätze könnten dann wegfallen, kleine und mittelständische Betriebe wären in ihrer Existenz bedroht. Außerdem: Mehrweg schone Ressourcen und die Umwelt.

Bessere Information

Der Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels unterstützte den Vorstoß von SPD, GRÜNEN und PIRATEN ebenso wie die Deutsche Umwelthilfe und die Initiative Mehrweg. Diese hielten eine zusätzliche Abgabe auf „unökologische Getränkeverpackungen“ für dringend erforderlich. Aus sozio-ökonomischer Sicht sei das Mehrwegsystem „Garant für regional strukturierte Wirtschaftskreisläufe“, hieß es in der Stellungnahme der Genossenschaft Deutscher Brunnen. „Bürgerinnen und Bürger brauchen mehr Durchblick beim Getränkekauf“, so die Verbraucherzentrale NRW. Nur so könne „der dramatische Einbruch des Verkaufs von Mehrwegflaschen gestoppt werden“.

Der Gesamtbetriebsrat von Coca-Cola sprach sich ebenfalls für Mehrwegflaschen aus, sie seien Einwegverpackungen „aus ökologischer und sozialer Hinsicht überlegen“. Dennoch sei die Stabilität des Mehrwegsystems „aufgrund der steigenden Nachfrage nach Ein-

wegverpackungen durch die Handelsriesen gefährdet“. Man lehne daher die Entscheidung der Coca-Cola-Unternehmensleitung, mittelfristig 25 Prozent des bisherigen Mehrwegvolumens abzubauen und den Vertrieb von Einweg-Getränkeverpackungen zu erhöhen, entschieden ab.

Eine andere Position bezogen der „Bund Getränkeverpackungen der Zukunft“ und die Firma „Lekkerland“. Die im Antrag gestellten Forderungen seien „unverhältnismäßig und nicht zielführend für eine sinnvolle und zukunftsweisende Kreislaufwirtschaft“. Vielmehr gefährdeten sie die „nachweislich erzielten Erfolge des DPG-Pfandsystems in Deutschland“. Ein- und Mehrwegsysteme müssten „mit ihren spezifischen Eigenschaften in Bezug auf Gewicht, Rück-, Umlauf- und Recyclingquoten sowie Transportdistanzen als gleichwertige Systeme beurteilt werden“. Bereits heute würden bis zu 96 Prozent der zurückgegebenen Einwegflaschen recycelt. Ähnlich argumentierte die „Arbeitsgemeinschaft konsumenten- und ökologieorientierte Getränkeverpackungen“. Zusätzliche Abgaben auf Einwegflaschen würden eine „unangemessene und durch nichts zu rechtfertigende Diskriminierung darstellen“.

Es gebe keine aktuellen Ökobilanzen für Getränkeverpackungen, die den notwendigen Anforderungen an Methode, Datenherkunft und Transparenz genügten, so die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung. Die Ergebnisse aus den Jahren 1995 und 2000 seien zumindest hinsichtlich der Datengrundlagen überholt: „Die Hypothese einer Annäherung der Verpackungssysteme Einweg und Mehrweg ist jedoch naheliegend.“ Eine eindeutige Kennzeichnung der Systeme sei sinnvoll, kaufentscheidend seien jedoch eher Qualität und Preis. Daran werde die Kennzeichnung nichts ändern.

Der Handelsverband Nordrhein-Westfalen unterstütze grundsätzlich alle Maßnahmen zur Stärkung der Mehrwegquote. Gleichwohl seien auch bei Einwegflaschen in den vergangenen Jahren ökologische Fortschritte erzielt worden, die bei Systemvergleichen meist nicht berücksichtigt würden. Beide Systeme hätten ihre Daseinsberechtigung, so die IG Metall Koblenz. Die „Bedingungen guter Arbeit“ sollten bei der Gesamtbetrachtung eine wesentliche Rolle spielen.

zab

Foto: Schälte



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Jochen Ott
(SPD)



Rainer Deppe
(CDU)



Die derzeitige Kennzeichnung von Getränkeverpackungen (Einweg, Mehrweg, Pfand) ...

... muss schnell geändert werden. Die Verbraucher müssen klar erkennen können, was eine Mehrweg- und was eine Einwegflasche ist. Eine Erhebung der Verbraucherzentrale hat gezeigt, dass die Verbraucher den Überblick verloren haben. Es besteht großer Aufklärungsbedarf und der Bedarf einer klaren Kennzeichnung der Flaschen.

... ist für viele Verbraucherinnen und Verbraucher nicht eindeutig genug. Wir setzen uns für eine klare Kennzeichnung auf der Flasche, der Verpackung und am Verkaufsregal ein.

Das Mehrwegsystem halte ich grundsätzlich für ...

... zukunftsfähig. Mehrweg ist ressourcenschonend. Durch das Wiederauffüllen entsteht weniger Müll und der Rohstoffverbrauch wird gesenkt. Es ist klimaschonend, da Einwegflaschen bei der Produktion höhere Emissionen verursachen. Mehrwegsysteme wirken sich positiv auf die Beschäftigung aus: Laut Verband des Getränkefachgroßhandels schaffen die regionalen Wirtschaftskreisläufe bundesweit 170.000 Arbeitsplätze.

... sinnvoll. Beim Bier liegt der Mehrweganteil beispielsweise immer noch bei 86 Prozent. Seitdem viele Getränke aber nicht mehr in Einheitsflaschen, sondern in individuelle Flaschen abgefüllt werden, hat sich der ökologische Vorteil von Mehrwegflaschen allerdings verringert. Nach 25 Jahren ist deshalb eine neue Studie zur Ökobilanz von Getränkeverpackungen dringend erforderlich.

Eine Abgabe auf Einwegflaschen ...

... muss geprüft werden, ob und wie sie rechtlich möglich ist. Grundsätzlich haben sich Abgaben als umweltpolitisches Steuerungsinstrument bewährt. Bei einer Abgabe auf die Einwegflasche ist vor allem zu untersuchen, ob sie mit europarechtlichen Vorgaben in Einklang zu bringen ist und ob sie praktikabel im Mehrwegsystem umsetzbar ist.

... würde die Kunden teuer zu stehen kommen. Auf die Flasche Mineralwasser, beim Discounter aktuell ab 19 Cent erhältlich, käme zusätzlich zum Pfand eine Abgabe von 20 Cent obendrauf. Der Preis für das Grundnahrungsmittel Wasser würde sich also verdoppeln. Ein Vier-Personen-Haushalt wird so schnell 200 Euro pro Jahr zusätzlich los. Die CDU lehnt eine zusätzliche Abgabe auf Einwegflaschen deshalb ab.

Die Belange des Einzelhandels ...

... vor allem die großen Discounter haben dazu beigetragen, dass das Mehrwegsystem in Gefahr geraten ist. Sie bieten ihre Getränke ausschließlich in Einwegverpackungen an. Zugleich ködern sie die Verbraucher beim Verkauf von Mineralwasser mit Dumpingpreisen. So wird aufgrund der Marktmacht der Discounter das Mehrwegsystem unter Druck gesetzt und gefährdet.

... hängen nicht vom Flaschenpfand ab. Frische, Qualität, Individualität, Lifestyle, ökologische Fragen, Käuferlebnis und nicht zuletzt die Preise entscheiden darüber, was der mündige Kunde in seinen Einkaufswagen packt. Der Staat sollte sich da heraushalten und nicht versuchen, den Menschen vorzuschreiben, wo, was und wie sie einzukaufen haben.

Diesmal zum Thema Kreislaufwirtschaft.



[Hans Christian Markert](#)
(GRÜNE)

... ist für die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher verwirrend und erschwert unnötig die Kaufentscheidung. Daher brauchen wir eine eindeutige und leicht verständliche Kennzeichnung am Produkt selber.

... eine nachhaltige und ressourcenschonende Idee, die es zu stärken gilt. Gleichzeitig muss sich das Mehrwegsystem weiterentwickeln können und den Anforderungen der Kundinnen und Kunden entsprechen, um auch im Markt akzeptiert zu werden.

... ist ein Lenkungsinstrument, welches angegangen werden sollte, wenn es nicht gelingen sollte, das Mehrwegsystem dauerhaft akzeptiert zu erhalten.

... spielen bei der Beurteilung aller Argumente eine große Rolle, allerdings brauchen wir eine aktualisierte Datenbasis (Ökobilanz) zur Entscheidung und Abwägung aller Interessen.



[Henning Höne](#)
(FDP)

... ist für den Verbraucher nicht aussagekräftig genug. Eine einheitliche und eindeutige Kennzeichnung ist wünschenswert.

... eine gleichberechtigte Säule neben dem Einwegsystem. PET-Einweg hat ökologisch in den vergangenen Jahren erheblich aufgeholt. Die Entscheidung über Mehrweg oder Einweg muss beim Verbraucher liegen. Er soll frei und gut informiert wählen können. Deswegen ist es auch dringend notwendig, die Ökobilanzen im Getränkebereich neu zu bewerten.

... lehne ich ab. Sie ist kaum praktikabel umzusetzen und letztlich eine rein ideologische Stigmatisierung von Einweg. Denn der ökologische Vorteil von Mehrweg ist heute nicht mehr generell gegeben. Wer die Abgabe fordert, missachtet auch den Verbraucherwillen, der sich immer häufiger für PET-Einweg entscheidet und für ein solches Abkassieren kein Verständnis hätte.

... dürfen nicht außer Acht gelassen werden, wemgleich der Verbraucher für uns stets im Mittelpunkt steht. Als die rot-grüne Bundesregierung das Einwegpfand eingeführt hat, hat dies Umstellungskosten von rund 2 Milliarden Euro verursacht. Der Vertrauensschutz in getätigte Investitionen muss gewahrt bleiben.



[Simone Brand](#)
(PIRATEN)

... ist vollkommen unzureichend und für den Verbraucher zum Teil sogar irreführend. Untersuchungen der Verbraucherzentralen mit Kommunalpolitikern und Bürgern zeigten, dass es niemandem möglich war, Einweg, Mehrweg und Pfandflaschen zu unterscheiden. Eine eindeutige Kennzeichnung ist dringend erforderlich.

... ökologisch überlegen. In der Abfallhierarchie steht Abfallvermeidung deutlich vor Abfallverwertung. Gerade regionale Getränkeversorger arbeiten dank der kurzen Transportwege zudem ökonomischer und erhalten mit Mehrweg mehr Arbeitsplätze als Unternehmen, die mit Einwegpfandflaschen arbeiten.

... sollte zunächst gründlich auf ihre Auswirkungen überprüft werden. Sinnvoll eingesetzt kann die sogenannte Lenkungsabgabe eventuell für einen schonenderen Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen sorgen.

... sollten in jedem Fall bei der Steigerung der Mehrwegquote berücksichtigt werden. Deshalb muss die Lenkungsabgabe sorgfältig geprüft werden, um den Einzelhandel nicht weiter zu verunsichern. Getätigte Investitionen in Einwegpfand-Automaten dürfen nicht umsonst gewesen sein.



Verringerung des CO₂-Ausstoßes

16.3.2015 – Es sei richtig, das europäische Emissionshandelssystem zu stabilisieren, erklärte Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE) im [Unterausschuss „Klimaschutzplan“](#). Damit stellte er sich hinter entsprechende Vorschläge des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments. Dieser hatte sich dafür ausgesprochen, ab dem Jahr 2019 nicht genutzte Zertifikate aus dem Handel zu nehmen und in eine sogenannte Marktstabilitätsreserve einzustellen; schon heute zurückgehaltene Zertifikate sollten jedenfalls nicht in den Handel gelangen. Dieser Position schloss sich der nordrhein-westfälische Umweltminister an und betonte, die Reform des Emissionshandels sei eine zentrale Voraussetzung für die Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Die Abgeordneten unterstützten fraktionsübergreifend Anstrengungen in diesem Bereich. Dabei sprach sich die CDU erneut gegen eine „Insellösung NRW“ aus.

Rechtsextreme und die Gewalt

13.3.2015 – Vor einem immer noch gewaltbereiten Rechtsextremismus warnten drei externe Fachleute die Abgeordneten in einem Hearing des [Parlamentarischen Untersuchungsausschusses NSU](#). Es gebe einen Glauben an die Tat, der jegliche Diskussion, jegliche Verhandlung oder gar Kompromissbereitschaft ausschließe, so Prof. Michael Sturm (FH Münster) über den Rechtsextremismus in Deutschland. Meinungs- und Wertpluralismus sowie Bürgerrechte würden negiert, stattdessen berufe man sich auf Begriffe wie Volk, Gemeinschaft, Organismus. Prof. Hajo Funke (Freie Universität Berlin) ergänzte, im Zuge des deutschen Einigungsprozesses seien gerade in den neuen Bundesländern Autoritätsstrukturen weggebrochen, was vor allem bei der jungen Generation zu Orientierungslosigkeit geführt habe. Dies hätten „rassistisch aufgeladene Kader“ ausgenutzt. In ihrer Ideologie sei Gewalt ein legitimes Feld politischen Handelns, ihr ideologischer Kern eine Mischung aus Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, völkischem Nationalismus und Antikapitalismus. Prof. Juliane

Karakayali (Evangelische Hochschule Berlin) sah in gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einen Teil der Ursache für erstarkten Rechtspopulismus. Die Angriffe auf Asylbewerberheime Anfang der 90er-Jahre hätten nicht zu Widerspruch, sondern im Gegenteil zu einer Verschärfung der Asylpolitik geführt. Dies hätten Neonazis als Bestätigung aufgefasst.

Cannabis-Freigabe abgelehnt

12.3.2015 – Auf breite Ablehnung ist im [Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#) ein Antrag der PIRATEN-Fraktion gestoßen, den Konsum von Cannabis zu legalisieren ([Drs. 16/5478](#)). Die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP werteten die Aussagen externer Fachleute in einer Anhörung zu diesem Thema als Warnung vor den Gefahren, die mit Cannabis verbunden seien ([Ausschussprotokoll 16/818](#)). Der GRÜNEN-Fraktion ging der Antrag nicht weit genug. Sie fordert eine umfassende geregelte Entkriminalisierung von Cannabis-Konsumenten und einen kontrollierten legalen Markt. Mit Blick auf Vorbeugung und Jugendschutz sprachen sich SPD und GRÜNE für ein Gesamtkonzept zum Thema Sucht aus.

Alter und Pflege

11.3.2015 – Mittel von Pflegekassen sollten nur für Versorgungsstrukturen, nicht für Maßnahmen des Städtebaus eingesetzt werden. Diese Forderung von Gesundheitsministerin Steffens stellte das Ministerium im [Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#) zum Thema „Altersgerechte Quartiersentwicklung und die Rolle der Kommunen in der Pflege“ ([Vorlage 16/2621](#)) klar. Die CDU hatte die Aussage hinterfragt, da sie Mittel aus der Pflegekasse eben nicht für bauliche Maßnahmen eingesetzt wissen wollte. Das grundsätzliche Ziel, Menschen so lange wie möglich in ihren Wohnungen zu lassen und daher die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen, wurde von allen Fraktionen unterstrichen. Staatssekretärin Martina Hoffmann-Badache erklärte, jetzt warte man einerseits auf den neuen Pflegebedürftigkeits-

begriff durch eine entsprechende Änderung des Bundessozialgesetzbuchs, andererseits auf die Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum gesamten Themenkomplex. Sie unterstrich die zentrale Rolle der Kommunen und kündigte an, das Ministerium werde in ein bis zwei Monaten einen Landesförderplan „Alter und Pflege“ vorlegen. Die CDU begrüßte dies; die Kommunen dürfe man in dieser Frage nicht im Stich lassen. Die FDP regte an, für bauliche Maßnahmen verstärkt Mittel der Wohnbauförderung einzusetzen.

Gymnasien im Blickpunkt

11.3.2015 – Die Bildungsqualität an Gymnasien stand im Mittelpunkt einer Anhörung im [Schulausschuss](#). Acht Expertinnen und Experten stellten ihre Positionen dar. Hintergrund waren Anträge von CDU und FDP. Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag [Drs.16/6858](#), die Gymnasien in ihrem Bildungsauftrag zu stärken. Sie sollen zum Beispiel die Möglichkeit haben, Schülerinnen und Schüler entsprechend dem Profil der Schule auszuwählen. Die FDP setzt sich in ihrem [Entschließungsantrag](#) zum Ziel, „bestmögliche äußere Rahmenbedingungen“ zu schaffen und „strukturelle Benachteiligungen der Gymnasien“ zu beseitigen. Einige der geladenen Fachleute verwiesen dagegen auf die seit Jahren steigenden Anforderungen an die Lehrinhalte. Mehr Ressourcen benötige man auch zur Umsetzung der Inklusion. Vor diesem Hintergrund forderte auch die Landeselternschaft eine ausreichende Zahl an Lehrerinnen und Lehrern ein. Grundsätzliche Kritik am gegliederten Schulsystem äußerte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und trat für längeres gemeinsames Lernen ein. Auf die Garantie der Gleichberechtigung von gegliederten und integrierten Schulformen verwies dagegen die westfälisch-lippische Direktorenvereinigung.

Imame als Gefängnis-Seelsorger

11.3.2015 – In den nordrhein-westfälischen Gefängnissen sind derzeit 122 Imame als Seelsorger für muslimische Häftlinge tätig. Dies



sagte Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) auf eine Dringliche Frage der CDU-Fraktion im [Rechtsausschuss](#) des Landtags. Davon seien 117 auf Empfehlung des türkischen Generalkonsulats eingesetzt worden. Es handle sich zumeist um Geistliche der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), die der türkischen Regierung unterstellt ist. Diese würden nach Deutschland entsandt und vom türkischen Staat bezahlt. Nach Angaben des Ministers treffen die Anstaltsleitungen in jedem konkreten Fall die Entscheidung, wie die Imame, die in den Gefängnissen seelsorgerisch tätig sein sollen, überprüft werden. Möglich seien etwa Gespräche mit den Bewerbern, Anfragen beim Staatsschutz oder Nachfragen beim Verfassungsschutz. Bislang seien ihm keine Fälle bekannt, in denen Imame bei ihren Besuchen zur Radikalisierung aufgerufen hätten. Auf eine Frage der FDP antwortete der Minister, dass derzeit insgesamt 25 Gefangene mit islamistischem Hintergrund in den Gefängnissen des Landes einsitzen, darunter 23 Untersuchungshäftlinge. 20 von ihnen würden von bestimmten anderen Häftlingen getrennt. Drei Insassen sei generell der Kontakt zu Mitgefangenen untersagt.

Artikel zur Schuldenbremse

9.3.2015 – Zum Einstieg in das Thema „Schuldenbremse“ luden die Abgeordneten der [Verfassungskommission](#) zwei externe Fachleute zum Gespräch. Sowohl Professor Dr. Christian Waldhoff (Universität Berlin) als auch Professor Dr. Joachim Wieland (Universität Speyer) sprachen sich dabei grundsätzlich für die Aufnahme entsprechender Regelungen in die Landesverfassung aus. Beide Sachverständigen betonten zunächst die Verfassungsautonomie der Länder. Allerdings seien diese auch verpflichtet, ab dem Jahr 2020 die in Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes festgeschriebene Schuldenbremse einzuhalten. „Die Verfassung hat auch die Aufgabe, den politischen Prozess vor sich selbst zu schützen“, begründete Prof. Waldhoff seine Zustimmung für die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung. Wenn er auch grundsätzlich die Aufnahme einer Schul-

denbremse in die Landesverfassung befürwortete, sah Prof. Wieland doch Landespolitik nicht als reinen Vollzug verfassungsrechtlicher Vorgaben, sondern im Spiel von Mehrheit und Minderheit als Umsetzung des Wählerwillens an. Das Thema soll in einer Anhörung weiter vertieft werden. Politische Schlussfolgerungen sind erst zum Abschluss der Arbeiten der Verfassungskommission vorgesehen.

Ziel: Weniger Nachtflüge

6.3.2015 – Der Flughafen Köln/Bonn will finanzielle Anreize schaffen, mehr Starts und Landungen von der Nacht- in die Tagzeit zu verlegen. Dies teilte Minister Michael Groschek (SPD) im [Verkehrsausschuss](#) auf Anfrage der PIRATEN mit. Ziel: Die Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner soll verringert werden. Die neue Entgeltordnung werde am 1. April 2015 in Kraft treten. Vorgesehen sei eine „getrennte Abrechnung von Start und Landung, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung des Basisentgelts für Passagierflüge in der Nachtzeit“. Diese wiederum werde durch Nachlässe auf die Tagesereignisse ausgeglichen. Unterm Strich handle es sich daher nicht um eine Entgelterhöhung. Für Tagflüge werde der Tagtarif, für Nachtflüge der Nachtтарif berechnet. Das Bundesverkehrsministerium hatte zuvor eine grundsätzliche Einschränkung des Nachtflugbetriebs am Köln/Bonner Flughafen abgelehnt. Mangels Erfolgsaussichten habe das Land NRW auf Rechtsmittel verzichtet, heißt es in Groscheks Bericht ([Drs. 16/2721](#)). Auch als Mitgesellschafter des Flughafens könne man keinen Einfluss auf den Nachtflugbetrieb nehmen. Die antragstellende PIRATEN-Fraktion kritisierte den Bericht des Ministers als unzureichend.

Ehrenamtliche Übungsleiter

4.3.2015 – Eine erhebliche Verunsicherung bei ehrenamtlich Tätigen im Sport sah die CDU-Fraktion durch ein Gerichtsurteil vom 21. Januar 2015, durch das ein Übungsleiter verwarnt und zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, nachdem sich ein Kind im Sportverein ver-

letzt hatte. Von der Landesregierung verlangte die CDU-Fraktion deshalb im [Sportausschuss](#) Auskunft darüber, wie weit die Verpflichtung ehrenamtlicher Übungsleiter gehe. Die Verantwortung für ehrenamtlich Tätige im Rahmen einer Veranstaltung sei unstrittig; davon könne niemand entbunden werden, erläuterte Staatssekretär Bernd Neuendorf den Abgeordneten. Er verwies auf die Vorlage des Ministeriums ([Vorlage 16/2702](#)), die ausführt, dass eine zivilrechtliche Haftung durch die bestehenden Versicherungen der Sportorganisationen weitgehend aufgefangen würde. So umfasse eine entsprechende Gruppenversicherung für den jeweiligen Verein und seine Übungsleiter bzw. ehrenamtlichen Betreuer eine Haftpflichtversicherung, eine Rechtsschutzversicherung sowie eine Unfallversicherung. Die Haftpflichtversicherung greife, wenn die Übungsleiterin oder der Übungsleiter auf Schadenersatz in Anspruch genommen werde. Im Übrigen, so die Landesregierung, sei das Thema Gegenstand von Ausbildungen, Informationsveranstaltungen und -broschüren sowie von Seminaren und Beratungen.

Keine Body-Cams

27.2.2015 – Die Polizei in NRW soll nicht mit Body-Cams ausgerüstet werden. Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion wurde im [Innenausschuss](#) mit Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN abgelehnt. Die CDU hatte angeregt, den Einsatz der Mini-Schulterkameras nach hessischem Vorbild auch in Nordrhein-Westfalen zu testen. Hintergrund des Antrags ([Drs. 16/5923](#)) waren vermehrte Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Potenzielle Angreifer sollten durch die Kameras abgeschreckt werden. In Hessen habe die Polizei gute Erfahrungen mit den Body-Cams gemacht. Während einer Anhörung im Januar hatten sich Vertreter der Polizei-Gewerkschaften für einen Versuch auch in NRW ausgesprochen, andere Experten jedoch auf eine fehlende Rechtsgrundlage hingewiesen. Zudem könne der Einsatz der Kameras dem Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Polizei schaden.

Yaşanan Dostluk, das heißt:

Begegnungen mit „Brückenbauern“

Freundschaft leben, voneinander lernen, Brücken bauen – mehr als 20 Kommunen an Rhein und Ruhr haben sich dies zum Motto gemacht und pflegen eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune in der Türkei. Anlass genug für den Landtag, diese Kooperationen zu würdigen, über Herausforderungen zu diskutieren und die Akteure bei der Vernetzung untereinander zu unterstützen.

Und so konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke, zugleich Vorsitzende der [Parlamentariergruppe NRW-Türkei](#), am 17. März 2015 mehr als 300 Gäste zu einer „Parlamentarischen Begegnung Städtepartnerschaften NRW-Türkei“ im Plenarsaal begrüßen. Extra angereist war eine Delegation der Großen Nationalversammlung der Türkei, an der Spitze die Vorsitzende der dortigen Türkisch-Deutschen Parlamentariergruppe, Çiğdem Münevver Ökten. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Zentrum für Türkei-studien und Integrationsforschung sowie der Stiftung Mercator.

Gödecke betonte, dass Städtepartnerschaften „das beste Mittel“ seien, „um Vorurteile abzubauen und diffusen Ängsten vor fremden Kulturen im direkten Miteinander entgegenzuwirken“. Die Präsidentin gab ihrer

Hoffnung Ausdruck, dass der Erfahrungsaustausch bei dieser Veranstaltung kein Einzelprojekt bleibe, sondern eine Initialzündung für weitere Projekte der Vernetzung sei. Und auch Ökten lobte die Städtepartnerschaften. Aus den Kooperationen entstehe gegenseitiger Respekt.

Zu den Gästen der Parlamentarischen Begegnung gehörten auch Bürgermeister und Oberbürgermeister aus Partnerstädten sowie zahlreiche Vertreter der türkischen Community und von ehrenamtlich tätigen Partnerschaftsvereinen – darunter Wolfgang Röken, Vorsitzender des Freundeskreises Gladbeck-Alanya und Ehrenvorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Türkei. Ihm wurde bei der Veranstaltung die Ehre zuteil, mehrfach als „Vater“ aller Kooperationen mit türkischen Städten betitelt zu werden (siehe Haupttext).

Mehr Informationen zu der Veranstaltung sowie ein Video finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Gladbeck und Alanya verbindet seit 1993 eine Städtepartnerschaft. Es war die erste ihrer Art in Nordrhein-Westfalen.

Gladbeck, nördliches Ruhrgebiet. 75.000 Einwohner, 11,8 Prozent Migranten, die meisten von ihnen aus der Türkei. Ihre Familien kamen, als auf den Zechen noch Kohle gefördert wurde. Das ist lange her. „Graf Moltke“, die letzte Schachanlage, schloss 1971. Viele derer, die Tausende Kilometer von daheim entfernt Brot und Arbeit fanden, sind jedoch geblieben, andere dazugekommen. „Wir pflegen ein gutes Miteinander“, sagt Wolfgang Röken. Der 71-Jährige war Bürger- und Oberbürgermeister der Stadt Gladbeck, er saß für die SPD im Landtag und ist heute Ehrenvorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Türkei. Das gute Miteinander in Gladbeck – Röken führt es auch auf die Städtepartnerschaft mit Alanya zurück.

Idee im Urlaub geboren

„Dies ist eine Geschichte, die Geschichte zweier Städte. Eine Geschichte, die auf Freundschaft, auf Liebe, auf Teilen aufgebaut ist.“ Hasan Sipahioğlu, damals Bürgermeister von Alanya, sagte dies 2003 zum zehnten Geburtstag der Städtepartnerschaft. Noch einmal zehn Jahre später erschien eine große Festschrift, der Untertitel: Eine gelebte Freundschaft. Yaşanan Dostluk, wie es auf Türkisch heißt.

Fotos: Schälte



Landtagspräsidentin
Carina Gödecke (l.) mit
Çiğdem Münevver Ökten

Gelebte Freundschaft

Gladbeck gilt als erste Stadt Nordrhein-Westfalens, die eine offizielle Partnerschaft mit der Türkei besiegelt hat. „Wobei man anmerken muss, dass andere NRW-Städte schon länger Kontakte in die Türkei pflegen“, räumt Röken ein und nennt den Bonner Stadtbezirk Bad Godesberg, die Städtefreundschaft mit Yalova bestehe bereits seit 1969. Aber eine Städtefreundschaft sei etwas anderes als eine Städtepartnerschaft, letztere intensiver. Doch zurück nach Gladbeck. Die Idee zur Partnerschaft wurde nicht im Rathaus geboren, sondern im Urlaub an der türkischen Riviera. „Eine Gladbeckerin hatte dort immer ihre Ferien verbracht“, erzählt Röken, „sie wusste, dass Alanya eine deutsche Partnerstadt sucht.“ Und so stellte die Urlauberin die ersten Kontakte her.

Es gab da aber ein kleines Problem: Alanya ist ein Badeort, keine vom Bergbau geprägte Stadt wie Gladbeck. Und die Gladbecker Türken stammten auch aus anderen Regionen, vor allem aus dem Raum Zonguldak an der Schwarzmeerküste. „Andererseits war aber auch klar, dass eine Städtepartnerschaft nur dann mit Leben gefüllt werden kann, wenn sich die Menschen auch begegnen und kennenlernen“, berichtet der Gladbecker „Alt-OB“. Aus dieser Sicht habe vieles für Alanya gesprochen. Der erste Besuch des stellvertretenden Bürgermeisters von Alanya in Gladbeck erfolgte weitgehend inkognito. „Ich hatte ihn am Bahnhof Gladbeck-West abgeholt“, erinnert sich Röken. Weil man im Ruhrgebiet gut feiern kann, nahm

Röken den Besucher aus der Türkei dann auch gleich mit zum großen Haldenfest. Man verstand sich auf Anhieb und vereinbarte die ersten offiziellen Begegnungen.

Ursprünglich wollte der Gladbecker Rat die Städtepartnerschaft am 1. Juli 1993 beschließen. Er tat es aber schon in einer Sondersitzung am 14. Juni – einstimmig, um ein Zeichen zu setzen für die Freundschaft zwischen Türken und Deutschen. Hintergrund: Zwei Wochen zuvor waren bei einem Brandanschlag in Solingen fünf türkischstämmige Menschen ums Leben gekommen. Die Täter: Rechtsradikale. Ihr Motiv: Fremdenhass.

Minarett gespendet

Die Städtepartnerschaft zwischen Gladbeck und Alanya besteht seit bald 22 Jahren. „Natürlich engagiert sich immer nur ein Bruchteil der Bevölkerung“, sagt Wolfgang Röken. Dennoch hätten sich die Beziehungen auch abseits offizieller Begegnungen verbessert. Beim Gottesdienst zum „Tag der Arbeit“ sei in Gladbeck immer auch ein Imam dabei, denn: „Der Islam gehört nicht nur zu Deutschland, sondern vor allem auch zu Gladbeck.“ Das Minarett der Moschee an der Wielandstraße sei eine Spende der Stadt Alanya, die auch beim Appeltatenfest, einem großen Stadtfest, stets präsent sei. Und, nur am Rande: In Alanya stehen evangelischen

Christen Räume für Gottesdienste zur Verfügung, auch ein christliches Gräberfeld sei angelegt worden. Röken: „Diese Städtepartnerschaft ist keine Einbahnstraße.“

Der Austausch auf Verwaltungsebene funktioniert, Ärzte brächten sich ein, die Feuerwehr, Sportvereine; und auch die Schulen seien aktiv. „Wenn wir die Jugendlichen erreichen, dann legen auch die Eltern und Großeltern mögliche Vorbehalte ab“, sagt Röken, der gemeinsam mit Müzeyyen Dreessen auch Vorsitzender des 2013 gegründeten Freundeskreises Gladbeck-Alanya ist. Der Verein organisiert kombinierte Bildungs- und Erholungsreisen nach Alanya, Vortragsabende, christlich-islamische Dialoge. Immer im Mittelpunkt dabei: Verständnis füreinander wecken, Vorurteile abbauen. „Wir leben in gegenseitigem Respekt miteinander“, sagt Röken. Vielleicht sei man in Gladbeck deshalb auch vor Bewegungen weitgehend gefeit, die eine „Islamisierung des Abendlandes“ befürchten.

Mustafa Kemal Ugur (40) kam vor 16 Jahren aus Alanya nach Gladbeck, er leitet heute ein Reisebüro und ist auch Gründungsmitglied des Freundeskreises, dem er einen Raum als Treffpunkt zur Verfügung gestellt hat. Er sagt: „Viele, die die Türkei kritisieren, waren noch nie da, haben nicht einmal türkische Nachbarn. Diese Städtepartnerschaft hilft, Vorurteile abzubauen.“ Wolfgang Röken nickt. *zab*



Partnerstadt

AUS DEN FRAKTIONEN

Das Zukunftsprojekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr nimmt Gestalt an

Am 6. März hat das Großprojekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH einen weiteren Meilenstein erreicht: Die Fernwärmeunternehmen Steag Fernwärme GmbH, die Energieversorgung Oberhausen AG und die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH haben den Gründungsvertrag für ein neues Gemeinschaftsunternehmen unterzeichnet und damit die „Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH“ aus der Taufe gehoben.

Die von der Landesregierung im Frühjahr 2013 veröffentlichte Machbarkeitsstudie „Perspektiven der Fernwärme im Ruhrgebiet bis 2050“ kommt zu dem Ergebnis, „dass die Bündelung der Unternehmensinteressen durch die Gründung einer gemeinsamen Verbundgesellschaft,



Norbert Römer (SPD)

in die die vorhandenen und neuen Primärnetze eingebracht werden, ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist.“

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Fernwärmeschiene Niederrhein und Ruhr zu einem Leitprojekt ihrer Energiepolitik zu machen. Durch eine weitere Vernetzung bisher isoliert betriebener Fernwärmeteilnet-

ze im Ruhrgebiet sollen gleichzeitig eine CO₂-sparende Wärmeversorgung, Versorgungssicherheit und Preisstabilität für Haushalte und Betriebe gewährleistet werden. In die Fernwärmeschiene können bestehende Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärme industrieller Anlagen, die Wärme regenerativer Energien und Müllverbrennungsanlagen einspeisen. Das zeigt, wie wir die

Energiewende meistern: mit dezentralen, intelligenten Lösungen, von denen die Menschen und die Wirtschaft in NRW profitieren. Das ist eine moderne Energiepolitik und deshalb auch ein Vorzeigeprojekt für die KlimaExpo.

Die Fernwärmeschiene wird nach der voraussichtlichen Fertigstellung im Jahre 2019 rund 600.000 Haushalte zwischen Moers und Herne mit Wärme versorgen – zu bezahlbaren Preisen, umweltverträglich und regional erzeugt. Dieses Projekt ist ein besonders anschauliches Beispiel für unsere Energiepolitik: Die Umwelt schonen, die Bürger sicher und preisgünstig versorgen, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken. ■



Bundesmittel für finanzschwache Kommunen dürfen nicht in Krafts Schuldenhaushalt versickern

„Die Ankündigung aus Berlin, dass die Bundesregierung zusätzliche 5 Milliarden Euro für die Kommunen freimachen will, ist ein Grund zur Freude.“ Das betont der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Armin Laschet. Dank der CDU-geführten Bundesregierung erhalten die finanzschwachen Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Unterstützung bei der Bewältigung des Investitionsstaus auf den Straßen und in den Schulen. „Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass die Gelder auch tatsächlich dort ankommen, wo sie benötigt werden“, so der CDU-Fraktionschef.

Die Vergangenheit habe gezeigt, dass zusätzliche Finanzmittel des Bundes in Nordrhein-Westfalen zum Stopfen des löchrigen Haushalts von Frau Kraft zweckentfremdet



CDU/CSU-Fraktionsvize Ralph Brinkhaus (r.) war zu Gast im Landtag und hat den CDU-Landtagsabgeordneten Einzelheiten zur kommunalen Investitionsoffensive des Bundes erläutert. Foto: Zierhut

wurden. So passiert bei den BAföG-Mitteln, die der Bund komplett übernommen hat, so auch passiert bei den Bundeszuschüssen für die

Flüchtlingshilfe. Laschet: „Damit muss endlich Schluss sein!“ Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich deshalb dafür ein, dass die Bundesmittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm ohne Abstriche bei den Kommunen ankommen. „Um das sicherzustellen, brauchen wir eine klare Zweckbindung. Das gilt auch für die anstehenden Verhandlungen zur Zukunft des Solidaritätszuschlags“, betont Laschet. „Wir werden unsere Kontrollfunktion als Opposition hier sehr genau wahrnehmen und verhindern, dass auch diese Gelder im rot-grünen Schuldenhaushalt versickern.“ ■



Grüne Fraktion mit neuem Vorstand



Bei ihrer zweitägigen Klausur hat die Grüne Fraktion turnusgemäß ihren Vorstand neu gewählt. Neuer Fraktionsvorsitzender ist der 45-jährige Mehrdad Mostofizadeh aus Essen. Der ehemalige Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik löst damit Reiner Priggen ab, der das Amt des Fraktionsvorsitzenden seit Juli 2010 innehatte und nicht mehr angetreten ist. Mehrdad Mostofizadeh: „Jetzt heißt es Ärmel hochkrepeln und konzentriert in der Fraktion und der Koalition weiter arbeiten. Wir haben eine Landtagswahl in zwei Jahren vor der Brust, und ich freue mich sehr auf die Auseinandersetzung mit den anderen Fraktionen.“

Zu ihrer Parlamentarischen Geschäftsführerin bestimmte die Fraktion erneut die schulpolitische Sprecherin Sigrid Beer. Einen Wechsel gab

es bei den Stellvertreter-Positionen. Im Amt bestätigt wurden die Sprecherin für Innenpolitik, Verena Schäffer, und der Sprecher für Europapolitik, Stefan Engstfeld. Neue StellvertreterInnen wurden die frauen- und sportpolitische Sprecherin, Josefine Paul, und der Sprecher für Naturschutz und Landwirtschaft, Norwich Rüße. Daniela Schneckenburger, die im Februar zur Beigeordneten der Stadt Dortmund gewählt wurde, schied aus dem Vorstand aus. Der neue Vorstand wurde für eine Amtszeit von zwei Jahren, bis zur Landtagswahl zum Frühjahr 2017, gewählt. ■



Jugendforum der FDP-Fraktion: Jugend von heute – Agenda für morgen

Was treibt Jugendliche heute an? Dieser Frage ging die FDP-Landtagsfraktion mit rund 140 Teilnehmern beim Jugendforum „Jugend von heute – Agenda für morgen“ nach. Fraktionschef Christian Lindner bezeichnete die große Resonanz als Signal, „dass der Jugend die Zukunft nicht gleichgültig ist.“ Die FDP-Fraktion wolle zuhören, um zu erfahren, was die Jugend bewegt und im nächsten Schritt eine gemeinsame politische Agenda zu entwickeln. „Der perfekte Zeitpunkt, die Zukunft zu verändern, ist genau jetzt.“

„Wir können uns gar keine bessere Jugend wünschen“, sagte Lindner mit Blick auf die Ergebnisse der Shell Jugendstudie. Die große Mehrheit der Jugendlichen engagiere sich für soziale und gesellschaftliche Zwecke. Die Shell Jugendstudie befragt seit Jahren Jugendliche,



um zu erfahren, was sie antreibt. Die heutige Jugend ist danach pragmatisch und optimistisch mit einer starken Werteorientierung. „Die Jugend hat Lust auf Zukunft“, sagte Ingo Leven, Co-Autor der Shell Jugendstudie. Wie Engagement in der Praxis aussieht und wo die Politik

bessere Rahmenbedingungen schaffen sollte, darüber berichteten Vertreter verschiedener Jugendverbände: Sportjugend NRW, Kinder- und Jugendrat NRW, dbb Jugend NRW, Junge Liberale NRW, Naturschutzbund NRW, BDKJ NRW und Rheinische Landjugend.

Marcel Hafke, jugendpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, bilanzierte die Debattenbeiträge: „Es ist spannend, darüber nachzudenken, wie gesellschaftliche Rahmenbedingungen für flexiblere Lebensläufe gestaltet werden müssen.“ Den Dialog setzt die FDP-Fraktion mit den Jugendverbänden fort. ■



Freie WLAN-Netzwerke müssen wirklich frei sein – verschärfte Störerhaftung schadet NRW

Die Bundesregierung hat mit ihrem neuen Gesetzentwurf zur Öffnung von WLAN-Netzen und der damit verbundenen Störerhaftung heftige Diskussionen ausgelöst. Wir kritisieren diesen Entwurf scharf, da er jede Freifunk-Initiative im Keim erstickt. Aber auch für NRW bedeutet die geplante Neuregulierung nichts Gutes. Die verschärfte Störerhaftung schadet dem Internetstandort NRW.

Die neuen Regeln widersprechen dem gemeinsamen Entscheidungsstand im Landtag NRW. Die Breitbandstrategie von Bund und Ländern wird konterkariert. Breitbandzugang, der laut Bundesgerichtshof Teil der materiellen Lebensgrundlage der Menschen ist, wird ver-



Daniel Schwerd (PIRATEN)

kompliziert und verwehrt. Deswegen fordern wir in einem Antrag bei der aktuellen Plenarsitzung die Landesregierung auf, sich gegen diese schädliche Neuregelung einzusetzen und die Verschärfung der Störerhaftung zu verhindern. Die Neuregulierung der Haftung von WLAN-Anbietern stellt eben keine rechtliche Klarstellung dar, sondern eröffnet neue Felder für die Abmahnindustrie.

In fast allen Ländern Europas ist ein freier WLAN-Zugang an allen Orten eine Selbstverständlichkeit, und zwar ohne Registrierung und Namenspflicht. Nur in Deutschland kann es solche Zugänge dann nicht geben: digitaler Fortschritt und Teilhabe im Netz adé.

In ihrer Regierungserklärung Anfang des Jahres hat Ministerpräsidentin Kraft die Bedeutung des digitalen Wandels herausgestellt. Sie betonte, dass die konsequente Hinwendung zur Digitalisierung Chancen für unsere Wirtschaft bietet und frei zugängliches WLAN dafür unabdingbar ist. Der Entwurf ist also ein Rückschritt auf dem Weg zur Informationsgesellschaft und steht dem digitalen Wandel im Weg. Das schadet dem Internetstandort Deutschland und insbesondere NRW. Und er passt so gar nicht zur von der Landesregierung ausgerufenen „Digitalen Reform“ NRW 4.0. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Weniger Praxen, bessere Betreuung?

Kritik an geplanter Reform des ärztlichen Notdienstes

25. Februar 2015 – „Es gibt Skepsis.“ Mit diesen Worten fasste Günter Garbrecht (SPD), Vorsitzender des [Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#), die Aussprache der Abgeordneten mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein über die geplante Reform des ärztlichen Notdienstes zusammen. Diese strebt unter anderem eine veränderte räumliche Verteilung von dann nur noch 41 Notfallpraxen an.



Foto: Schälte

Skepsis herrschte parteiübergreifend über die Frage, ob die jetzt aufgestellten Planungskriterien auch wirklich dem tatsächlichen Bedarf entsprächen. So hinterfragten die Abgeordneten, wie denn mit weniger Notfallpraxen eine bessere Versorgung erreicht werden könne.

Genau dies soll die jetzige Reform erreichen, betonte Dr. Peter Potthoff, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein. Diese hatte die Reform in einer Sonder-Vertreterversammlung am 11. Februar 2015 beschlossen, wie auch die [Vorlage 16/2679](#) der Landesregierung die Abgeordneten informierte. Heute seien die Notfallpraxen regional ungleich verteilt, so Potthoff. Dies führe dazu, dass sie teilweise nicht voll in Anspruch genommen würden.

Bessere Auslastung

Eine bessere Verteilung soll nun zu einer stärkeren Auslastung an den künftig 41 Standorten des allgemeinärztlichen Notdienstes (heute: 61 Praxen) mit dann zum Teil mehreren Ärzten führen und damit auch eine einheitlichere Verteilung der Kosten bewirken. Gleiches gilt auch für die fachärztliche Versorgung mit zukünftig 31 Praxen. Ziel ist es, Strukturen im ambulanten Bereitschaftsdienst zu entwickeln, in denen die abnehmende Zahl an Ärztinnen und Ärzten möglichst effizient eingesetzt wird und die eben auch mit weniger Medizinern funktionieren soll. Neben wirtschaftlichen Aspekten soll die Reform auch einen Beitrag zur Vermeidung eines möglichen Ärztemangels insbesondere in ländlichen Regionen leisten. Mit der geplan-

ten Änderung strebt man ebenso eine stärkere Verknüpfung des Notdienstes mit den Krankenhäusern an.

Außerdem sollen lange Wegezeiten wegfallen, in der Gesamtrechnung die Wege also kürzer werden, erklärte Potthoff im Ausschuss. Die KV Nordrhein wolle allen Patientinnen und Patienten möglichst die gleiche Zugangsmöglichkeit zur ärztlichen Betreuung gewährleisten. Ergänzt werden solle dieses System durch einen flächendeckenden mobilen ärztlichen Fahrdienst, der Patientinnen und Patienten bei Bedarf auch zu Hause aufsuchen könne. Die KV habe aber noch nicht abschließend festgelegt, wo genau man zukünftig Notfallpraxen ansiedeln wolle, so Potthoff.

In der Aussprache forderten die Abgeordneten unter anderem, bei der Auswahl der Standorte die Lage der Notfallapotheken sowie mögliche Auswirkungen auf die Ambulanzen der Krankenhäuser einzubeziehen. Zudem müsse man berücksichtigen, dass manche Patienten auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen seien. Gesundheitsministerin Barbara Steffens erläuterte, dass es sich bei der Organisation des Notfalldienstes um eine Selbstverwaltungsaufgabe der ärztlichen Körperschaften handele; diese hätten den Sicherstellungsauftrag für die ambulante ärztliche Versorgung. Die Landesregierung könne erst eingreifen, wenn die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Die CDU forderte an diesem Punkt eine vorhergehende Prüfung ein. Der Ausschuss beschloss, sich über die praktischen Auswirkungen der Reform der Notfalldienste in Westfalen-Lippe im Jahr 2011 zu informieren. CW

Regionale Verteilung

Im Beschluss der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein heißt es: „Der Vorstand der KV Nordrhein wird aufgefordert, die Organisation des allgemeinen ärztlichen Notdienstes so zu gestalten, dass für den Sitzdienst des allgemeinen ärztlichen Notdienstes im Bereich der KV Nordrhein maximal 41 Notdienstpraxen vorgehalten werden, die wie folgt auf die einzelnen Kreise aufgeteilt werden:

Aachen Land	2	Euskirchen	2	Mönchengladbach	1	Rhein-Erft-Kreis	2
Aachen Stadt	1	Heinsberg	1	Mülheim an der Ruhr	1	Rhein-Sieg-Kreis	1
Bonn	1	Kleve	2	Neuss	2	Solingen	1
Duisburg	1	Köln	4	Oberbergischer Kreis	2	Viersen	1
Düren	1	Krefeld	1	Oberhausen	1	Wesel	3
Düsseldorf	2	Leverkusen	1	Remscheid	1	Wuppertal	1
Essen	2	Mettmann	2	Rh.-Bergischer Kreis	1		

(...) Diese vorgenannte Neuordnung der Aufteilung der Notdienstpraxen für den Sitzdienst soll im Kalenderjahr 2015 abgeschlossen werden.“

Persönlich: Oliver Bayer (PIRATEN)



Den Spätfrühling vor drei Jahren wird der Abgeordnete **Oliver Bayer** (38) wohl niemals in seinem Leben vergessen. Es war nicht nur die Zeit, in der sich die PIRATEN-Fraktion im Düsseldorfer Landtag erstmals konstituierte. Viel wichtiger: Es war die Zeit, in der sein Sohn Pascal das Licht der Welt erblickte. Für Bayer hatte sich das Leben in zweifacher Hinsicht verändert.

Vordergründig scheint er genau dem Bild zu entsprechen, das sich Bürger von einem Politiker der PIRATEN-Partei machen: Computerfachmann, etwas quer denkend, verspielt und jeden Tag darauf bedacht, die Welt ein wenig zu verändern. Auf den ersten Blick scheint dies tatsächlich auf Oliver Bayer zuzutreffen. Seine Jugend verbrachte er in Bielefeld, studierte dann in Düsseldorf Geografie, Medien- und Informationswissenschaften mit dem Magister-Abschluss im Jahr 2007. Er beschäftigte sich eine Zeit lang unter anderem mit dem Problem, dass Software-Patente von US-amerikanischen Firmen seiner Ansicht nach zu Unrecht vereinnahmt wurden. Später arbeitete er bis zur seiner Wahl in den NRW-Landtag beim Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in Düsseldorf im Bereich Informationstechnik.

Zur PIRATEN-Partei stieß er im Jahr 2009. „Das war die richtige Partei zum richtigen Zeitpunkt für mich“, erinnert er sich. Er engagierte sich in Düsseldorf und avancierte schnell zum Vorsitzenden des Kreisverbands der PIRATEN, der damals rund 300 Mitglieder zählte. In dieser Zeit war er für die Partei eine Art Mädchen für alles. Er kümmerte sich um Wahlkampf-Flyer und Plakate, betreute politische Stammtische und mischte bundesweit beim Thema Verkehrspolitik mit. „Meine Arbeit war wohl gut genug“, sagt er rückblickend. Es überrasch-

te ihn zunächst, für den Landtag aufgestellt zu werden. Das alles sei bei seinem Eintritt in die Partei gar nicht absehbar gewesen. Den großen Schub hätten die PIRATEN in NRW bekommen, nachdem 2011 die Parteifreunde in Berlin den Sprung ins Abgeordnetenhaus geschafft hatten. „Zu den Stammtisch-Treffen kamen dann plötzlich über 70 Interessierte, mehr als doppelt so viele wie vor dem Berliner Ergebnis. Der Erfolg einer Partei hängt sehr von Meinungsumfragen ab“, glaubt er.

Das Thema Verkehrspolitik finde zwar auch in anderen Fraktionen große Beachtung („wir haben da kein Alleinstellungsmerkmal“), doch Bayer kritisiert, dass in der Politik zu viel abgewartet und zu wenig gehandelt werde. Deshalb sieht er in der Enquete-Kommission des Landtags zum Thema Öffentlicher Nahverkehr die Chance, Veränderungen voranzutreiben und Spuren zu hinterlassen.

Das Gremium war 2014 auf Vorschlag der PIRATEN eingesetzt worden und Bayer ist Vorsitzender.

Eine der Ideen: Regional-Schnellbuslinien sollen künftig ebenso wie S-Bahnlinien finanziell gefördert werden – was die Kommunen sehr entlasten würde. Ein ganz anderes großes Ziel ist für ihn, den Nahverkehr künftig so zu finanzieren, dass Fahrgäste Busse und Bahnen kostenlos benutzen könnten. Das klingt noch utopisch. Auf dem langen Weg zu dieser verkehrspolitischen Zukunft müssten zunächst Etappenziele erreicht werden – dazu gehört, das Sozialticket wesentlich erschwinglicher zu gestalten. Andere Vorschläge könnten seiner Ansicht nach ohne großen finanziellen Aufwand umgesetzt werden: beispielsweise die sinnvolle Verknüpfung von Verkehrsmitteln wie Fahrrad, Bus, Bahn und Carsharing im Nahverkehr.

In seiner Freizeit lebt der Abgeordnete seine Vorliebe für Utopien aus – dazu genügt oft ein Spielbrett. Bayer ist begeisterter Anhänger von Fantasy-Rollenspielen. Lange Zeit war er Chefredakteur der Vereinszeitung „Windgeflüster“, ein großes Sprachrohr für die Fantasy-Community. Jährlich treffen sich rund 2.500 Fans, Künstler, Spiele-Entwickler oder Autoren von Fantasy-Literatur – zum Teil in phantasievollen Kostümen – und tauschen sich auf der „Feen-Con“ in der Bad Godesberger Stadthalle aus.

Gleichgesinnte hat Bayer auch im Düsseldorfer Landtag gefunden. Im jüngsten Rollenspiel hatten Fraktions-Mitarbeiter „Zombies“ im Plenarsaal und der Frisierstube des Landtags geortet. Jetzt galt es, auf dem Spielbrett strategisch zu reagieren. Ob die Sache ein Happy End hatte, verrät Bayer nicht. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Heinz Tutt

Geburtstage

18. März bis 30. April 2015

21.3. Dr. Bergmann, Günther J. (CDU)	50
22.3. Gebhard, Heike (SPD)	61
22.3. Schäfer, Ute (SPD)	61
25.3. Jäger, Ralf (SPD)	54
25.3. Witzel, Ralf (FDP)	43
25.3. Kämmerling, Stefan (SPD)	39
26.3. Dr. Wolf, Ingo (FDP)	60
26.3. Schmalenbach, Kai (PIRATEN)	45
27.3. Birkhahn, Astrid (CDU)	63
30.3. Fasse, Marie-Luise (CDU)	67
30.3. Bell, Dietmar (SPD)	54
31.3. Nettekoven, Jens-Peter (CDU)	37
2.4. Duin, Garrelt * (SPD)	47
5.4. Busen, Karlheinz (FDP)	64
6.4. Schmitz, Hendrik (CDU)	37
11.4. Wirtz, Josef (CDU)	65
11.4. Milz, Andrea (CDU)	52
14.4. Breuer, Reiner (SPD)	46
15.4. Spanier-Oppermann, Ina (SPD)	53
19.4. Steinmann, Lisa (SPD)	49
19.4. Rüße, Norwich (GRÜNE)	49
20.4. Hegemann, Lothar (CDU)	68
20.4. Dr. Dr. Sternberg, Thomas (CDU)	63
21.4. Geyer, Jens (SPD)	52
23.4. Düker, Monika (GRÜNE)	52
24.4. Lamla, Lukas (PIRATEN)	32
25.4. Weckmann, Peter (SPD)	63
27.4. Olejak, Marc (PIRATEN)	44
27.4. Yüksel, Serdar (SPD)	42
30.4. Mostofizadeh, Mehrdad (GRÜNE)	46
30.4. Hübner, Michael R. (SPD)	42

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

19.3. Kress, Karl (CDU)	70
26.3. Schmid, Irmgard (SPD)	70
29.3. Dr. Klose, Hans-Ulrich (CDU)	80
31.3. Krieger, Rolf (CDU)	75
5.4. Knipschild, Karl (CDU)	80
16.4. Talhorst, Elke (SPD)	70
23.4. Geuenich, Johannes Michael (SPD)	80
24.4. Küpper, Heinz (CDU)	80

Verstorben

14.2.2015 Heinrich Meuffels (CDU) MdL 1966-1990
27.2.2015 Dr. Theodor Schwefer (CDU) MdL 1970-1985
18.3.2015 Hans Klaps MdL 1990-1995 und 1998-2000

Landtagsandacht

Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, haben am 19. März 2015 vor Beginn der Plenarsitzung zur Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Kurz notiert

Dammeyer übersetzt Willy Brandt

Sie war zwischen 1942 und 1945 die wichtigste Informationsquelle für viele Norweger: In dieser Zeit erschien im schwedischen Stockholm „Handsclag“ (Händslag) – eine Untergrundzeitung für den Widerstand im von der deutschen Wehrmacht besetzten Norwegen. Einer der wichtigsten Autoren: Willy Brandt, der spätere SPD-Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger.

Dr. Manfred Dammeyer, früherer Landesminister (1995–1998) und SPD-Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag (1998–2000), erzählt die Geschichte von „Handsclag“ in seinem neuen Buch. Die Zeitung, herausgegeben vom schwedischen Schriftsteller und späteren Literaturnobelpreisträger Eyvind Johnson, wurde unter Gefahren über die Grenze nach Norwegen geschmuggelt. Willy Brandt schrieb laut Schüren-Verlag, in dem das Buch erscheint, eine große Zahl an Zeitungsartikeln und Analysen über die Verhältnisse in Norwegen und prägte damit das Bild, das man sich in der Welt von dem Land machte. Der Skandinavien-Experte Dammeyer legt in „Handsclag“ die Artikel erstmals in deutscher Sprache vor.

Manfred Dammeyer, „Handsclag. Eyvind Johnson, Torolf Elster, Willy Brandt und ihre Widerstandszeitung Händslag aus Schweden für das besetzte Norwegen 1942–1945“, Schüren-Verlag, 29,90 Euro. Mehr Informationen zum Buch: www.schueren-verlag.de/zeitgeschehen.html

Nacht der Museen

„Zwei sind besser als einer allein“ – diese biblische Weisheit ist der Leitgedanke der diesjährigen Nacht der Museen am 18. April 2015 im Düsseldorfer Landtag. Präsentiert werden neben den „Klassikern“ bzw. verborgenen Kunstschätzen des Landtags vor allem die Arbeiten dreier Künstlerpaare. Darüber hinaus gibt es von 19.30 bis 0.30 Uhr regelmäßig Erläuterungen zu den Kunstwerken sowie politische Informationen über die Arbeit des Landtags. Herzlich willkommen!

Abgeordneter verpflichtet

Dr. Björn Kerbein (FDP) wurde am 18.3.2015 als neuer Abgeordneter verpflichtet. Er folgt auf Dr. Robert Orth (FDP), der ausgeschieden war.

Neuer Fraktionschef

Die GRÜNEN wählten einen neuen Fraktionsvorstand. Auf Reiner Priggen, der nicht mehr antrat, folgt als neuer Vorsitzender Mehrdad Mostofizadeh.



Staffelübergabe im nordrhein-westfälischen Landtag

Der Landtag hat erstmals eine Direktorin: Am 13. März 2015 wurde Dorothee Zwiffelhofer bei einer Feierstunde in ihr Amt eingeführt. Die Juristin übernahm den Staffelstab von Peter Jeromin, der in den Ruhestand ging und das Amt seit September 2000 wahrgenommen hatte.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagte, mit Zwiffelhofer komme eine Direktorin, „wie man sie sich eigentlich fast nur malen oder backen kann“. Sie hatte zuletzt die Abteilung Europa, internationale Angelegenheiten und Medien in der NRW-Staatskanzlei geleitet. Die Präsidentin bedankte sich zugleich bei Jeromin für seine jahrelange Arbeit. Er habe stets „für die Würde des Parlaments“ gestritten.

Foto: Schälte